

Der Schuldenstaat

Steuervorteile für Familien, staatliche Grundsicherung, mehr Geld für Arbeitslose – die Parteien überbieten sich mit dem Versprechen teurer Wohltaten. Dabei ist das Land fast pleite. Tag für Tag sind schon allein für Zinsen Millionen fällig. Der Staat ist dabei, sich selbst zu strangulieren.



Hans Eichel ist ein genügsamer Mann. Viel braucht er nicht, um zufrieden zu sein. Eine „auto, motor und sport“, die er während langweiliger Bundestagsdebatten heimlich unter der Regierungsbank lesen kann, ein Gläschen Rotwein zum Abendessen oder aber einen Wochenendausflug in seine Heimatstadt Kassel. Der Finanzminister ist ein stiller Genießer; er muss nicht lange reden über die Dinge, die ihn glücklich machen.

Nur bei einer Sache wird er schnell überschwänglich. Es ist das Thema seines

Lebens. „Sparsamkeit ist Genuss ohne Fülle“, sagt er dann voll gebremster Poetik. Oder: „Sparsamkeit ist die Voraussetzung für Freiheit.“

Gern breitet er in diesen Momenten seine gesammelten Lebensweisheiten aus. „Eine neue Krawatte ersetzt manchmal einen neuen Anzug“, sagt er, als würde er die Sinnsprüche eines Abreißkalenders zitieren. Wer sparsam sein wolle, brauche die Kraft, „um im Jetzt verzichten zu können, damit es in der Zukunft besser ist“.

Es ist schon länger her, dass Eichel Kraft und Zuversicht aus solchen Aphorismen ziehen konnte. In letzter Zeit fehlt meist die Poesie, wenn der Finanzminister vom Sparen redet. Sein Job ist freudlos geworden, und den Höhepunkt dieser Freudlosigkeit wird Eichel am 6. Juli erleben, wenn ihm der Kanzler in der Kabinettsitzung das Wort erteilen wird. Eine knappe Stunde lang wird er von Millionen und Milliarden reden, von „Zins-Swaps“, „KW-Vermerken“ und „Parkgeschäften“, und am Ende werden alle Anwesenden froh sein, wenn die Farce irgendwann ein gnädiges Ende findet.

Denn eine Farce ist das beispiellose Schauspiel, mit dem die rot-grüne Koalition am 6. Juli Regierungshandeln vorführen will, vermutlich zum letzten Mal – und alle am Kabinetttisch wissen es. Eigentlich hatte Eichel seine Zahlen diese Woche präsentieren wollen, auf der letzten Kabinettsitzung vor der Vertrauensfrage, die Schröder am Freitag im Bundestag stellen will. Vergangene Woche entschied der Kanzler, die Sitzung zu verschieben, auf ein Datum, das dann im Schatten der Entscheidung am Freitag liegt.

Sollte dem Kanzler wie erwartet das Vertrauen versagt werden, bleibt es beim Vortrag, auch das hat Schröder bereits sichergestellt. Sein Kabinett wird den Etat in diesem Fall lediglich zur Kenntnis nehmen, aber nichts mehr beschließen. Was immer also der Finanzminister auch in seinen Haushalt hineingeschrieben hat, wird keine Konsequenzen haben – das hat es in der deutschen Nachkriegsgeschichte so noch nicht gegeben.

Der Kanzler wusste, was er tat. Dieser Haushalt soll ihm nicht die Geste verderben, die er mit der Vertrauensfrage inszenieren möchte. Er will den großen Abgang und nicht die öffentliche Aufregung über ein Budget, in dem Zeile für Zeile nachzulesen ist, warum Rot-Grün die Regierungsgeschäfte aus freien Stücken vorzeitig niederlegt. Der wahre Grund für diese Selbstaufgabe ist nicht so sehr der Widerstand in den eigenen Reihen, es ist der Widerstand der Wirklichkeit, die sich dem Regierungshandeln immer hartnäckiger verweigerte.

Und es ist der Haushalt 2006, dem dabei eine besondere Symbolik zukommt. Mit ihm wollten die Genossen zu Beginn ihrer Regentschaft das alte Klischee widerlegen, Sozialdemokraten könnten nicht mit Geld umgehen. Wenn man den geplanten Sparkurs durchhalte, hatte Kanzler Schröder seinen neuen Finanzminister Eichel im September 1999 ankündigen lassen, „könnten wir im Jahr 2006 zum ersten Mal seit langem wieder mehr Geld einnehmen als ausgeben“.

Sechs Jahre später legt der Finanzminister nun einen Haushaltsplan vor, dessen Zahlen das exakte Gegenteil dessen sind, was er damals versprochen hatte. Etwa 22



Bundestagsabgeordnete im Berliner Reichstagsgebäude

Das Billionen-Desaster

Staatliche Verschuldung
am 24. Juni 2005, 20:00 Uhr, in Euro:

1457804885839

BILLION | MILLIARDEN | MILLIONEN | TAUSEND

Staatsschulden
je Bundesbürger 2004:

17416

umgerechnet auf eine
fünfköpfige Familie:

87080

Staatsschulden
je Bundesbürger 2020
(Szenario bei Fortbestand der
vorliegenden Rahmenbedingungen):

42217

Quelle: Dresdner Bank, Okt. 2004

Neuverschuldung
je Bundesbürger 2004:

872

umgerechnet auf eine
fünfköpfige Familie:

4360

JOHANNES EISELE / DDP

DER SPIEGEL



UMFRAGE: STAATSVerschULDUNG



„Für wie wichtig halten Sie den Abbau der Staatsverschuldung, auch wenn dafür einschneidende Sparprogramme nötig sind?“

sehr wichtig, wichtig

11% weniger wichtig, unwichtig

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 21. bis 23. Juni; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/ keine Angabe

MARTIN SCHÜTT / AP

Beratung der Steuerschätzer: Durchweg zu optimistisch

Milliarden Euro will er sich im nächsten Jahr – falls er weiterregieren darf – bei Banken und Bürgern leihen. Doch selbst diese gigantische Summe reicht nicht, um die Ausgaben auch nur annähernd zu decken. Mindestens 20 Milliarden sollen zudem durch den Verkauf von Staatsvermögen in die Kassen kommen. Was genau da verscherbelt werden soll, lässt er vorsichtshalber offen.

Und weil auch das noch nicht genügend einbringt, hat der Finanzminister kurzerhand „globale Mehreinnahmen“ eingeplant. Hinter dem technisch klingenden Begriff verbirgt sich das, was Wähler im Allgemeinen unter „Luftbuchung“ verstehen – Geld also, das der Staatskasse nach menschlichem Ermessen nicht zur Verfügung stehen wird. So hat Eichel die vollständige Abschaffung der Eigenheimzulage fest eingeplant, obwohl die Union, deren Zustimmung dafür Voraussetzung

wäre, die Streichung erst vor drei Monaten abgelehnt hat.

Der Haushalt legt Rechenschaft ab, ob die Leute an der Spitze ihre Arbeit vernünftig erledigt haben. Nimmt man Eichels Zahlen ernst, dann bleibt nur der Schluss, dass Rot-Grün nicht mehr weiterweiß. Soll und Haben gehen immer weiter auseinander. Die Bundesregierung geht mit dem Geld, das sie den Bürgern nimmt, nicht so verantwortungsvoll um, wie diese es erwarten dürfen.

Vielleicht verdeutlicht nichts die Ratlosigkeit der Regierenden so sehr wie der beginnende Wahlkampf. Deutschland steckt in der Schuldenfalle, aber die Politiker reden über neue Wohltaten und Ausgaben. Der Bund gibt jeden Tag hundert Millionen Euro für Zinsen aus, doch das Wort „Sparen“ kommt den meisten nicht über die Lippen.

Die Union verspricht Steuervorteile für Familien und eine Rentenreform, die nach Auffassung der Versicherungsträger zu einer Welle von Frühpensionierungen und Mehrausgaben von 2,5 Milliarden Euro jährlich führen würde. Die Grünen fordern

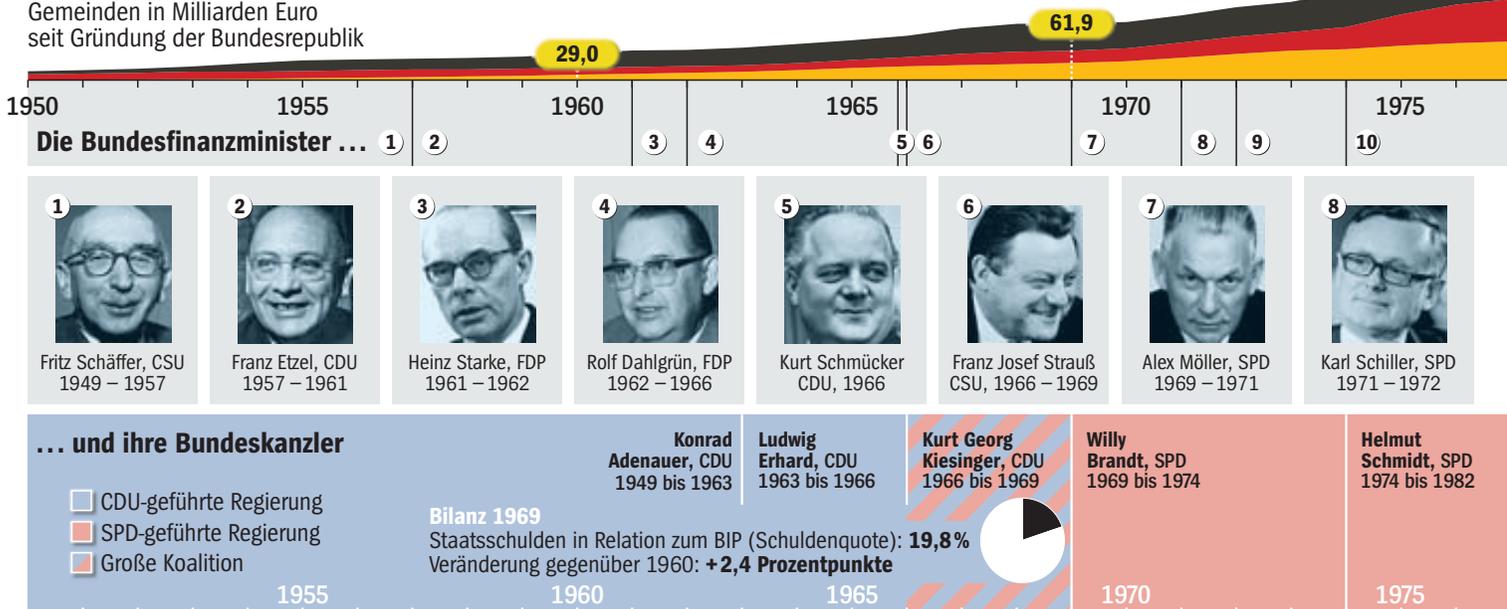
eine staatlich finanzierte Grundsicherung und wollen die Hartz-Reformen „sozialverträglich“ abmildern. Die Sozialdemokraten wollen die Übergangsfristen für ältere Arbeitslose verlängern, Kostenpunkt: sechs Milliarden Euro.

Wenn die Wahlkämpfer gefragt werden, wie sie das bezahlen wollen, dann reden sie über weitere Steuererhöhungen. Die Sozialdemokraten möchten sich das Geld bei den Reichen holen und schlagen eine Millionärsteuer vor. Noch ist nicht ganz klar, ab welchem Einkommen ein Steuerzahler bei der SPD als Millionär gilt, ob schon bei 250 000 Euro oder erst bei 500 000. Im besten Fall wird die Reichensteuer gerade einmal 1,7 Milliarden Euro in die Staatskasse bringen.

Die Union redet von einer Mehrwertsteuererhöhung; strittig ist nur noch, wie hoch sie ausfallen wird, ob zwei, drei oder vier Prozentpunkte. Dass die Bürger im Gegenzug entsprechend bei den Sozialabgaben entlastet werden, daran glaubt in der Parteiführung insgeheim niemand mehr. Die Union möchte sich offen halten, wofür sie

Die Väter des Schuldenstaats

Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden in Milliarden Euro seit Gründung der Bundesrepublik



das Geld einsetzt, für das Stopfen von Haushaltslöchern, die Belebung des Arbeitsmarktes oder neue Investitionsprogramme.

Mit so einer Politik wird es nicht getan sein, das zeigen schon die Zahlen in Eichels Haushalt. Obwohl der Kassenwart viel Phantasie aufgebracht hat, seine Zahlen schönerzurechnen, ist die Bilanz der öffentlichen Haushalte desaströser denn je. Mit über 1,4 Billionen Euro sind Bund, Länder und Kommunen verschuldet; damit entfällt auf jeden Deutschen – ob Säugling oder Greis – eine Staatsschuld von über 17 000 Euro.

So gigantisch ist die Schuldenlast, dass es bei einer jährlichen Tilgung von zehn Milliarden Euro 140 Jahre dauern würde, Zins und Zinseszins nicht eingerechnet, bis die öffentlichen Haushalte schuldenfrei wären. Doch während jeder Privatschuldner irgendwann seine Schulden bezahlen muss, tilgt der Staat nicht. Fällige Kredite werden hingegen durch eine „Anschlussfinanzierung“, also neue Schulden, abgelöst.

Und so ist der Schuldenstaat dabei, sich selbst zu strangulieren. Von den 254 Milliarden Euro des Bundeshaushalts werden allein 39 Milliarden für Zinsen ausgegeben, mit stark steigender Tendenz, 78 Milliarden fließen in die Rentenversicherung, weit über 30 Milliarden in die Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Für Forschung und Bildung steht nur ein Bruchteil zur Verfügung. Deutschland veruntreut seine Zukunft.

Schon jetzt ist es unvorstellbar, dass die gigantische öffentliche Schuld jemals abbezahlt werden könnte. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat probenhalber ausgerechnet, was geschehen müsste, um die Schulden nur einzudämmen.

Entweder müssten die Steuern drastisch erhöht oder die Ausgaben um zwölf Prozent gesenkt werden.

Konkret hieße dies, dass die Renten um 60 Prozent gekürzt werden müssten. Alternativ wären sämtliche Ausgaben für Verteidigung, Arbeitsmarkt, Verkehr und Forschung zu streichen.

Oder es gäbe noch eine dritte Möglichkeit: die Mehrwertsteuer von heute 16 auf dann 30 Prozent zu erhöhen.

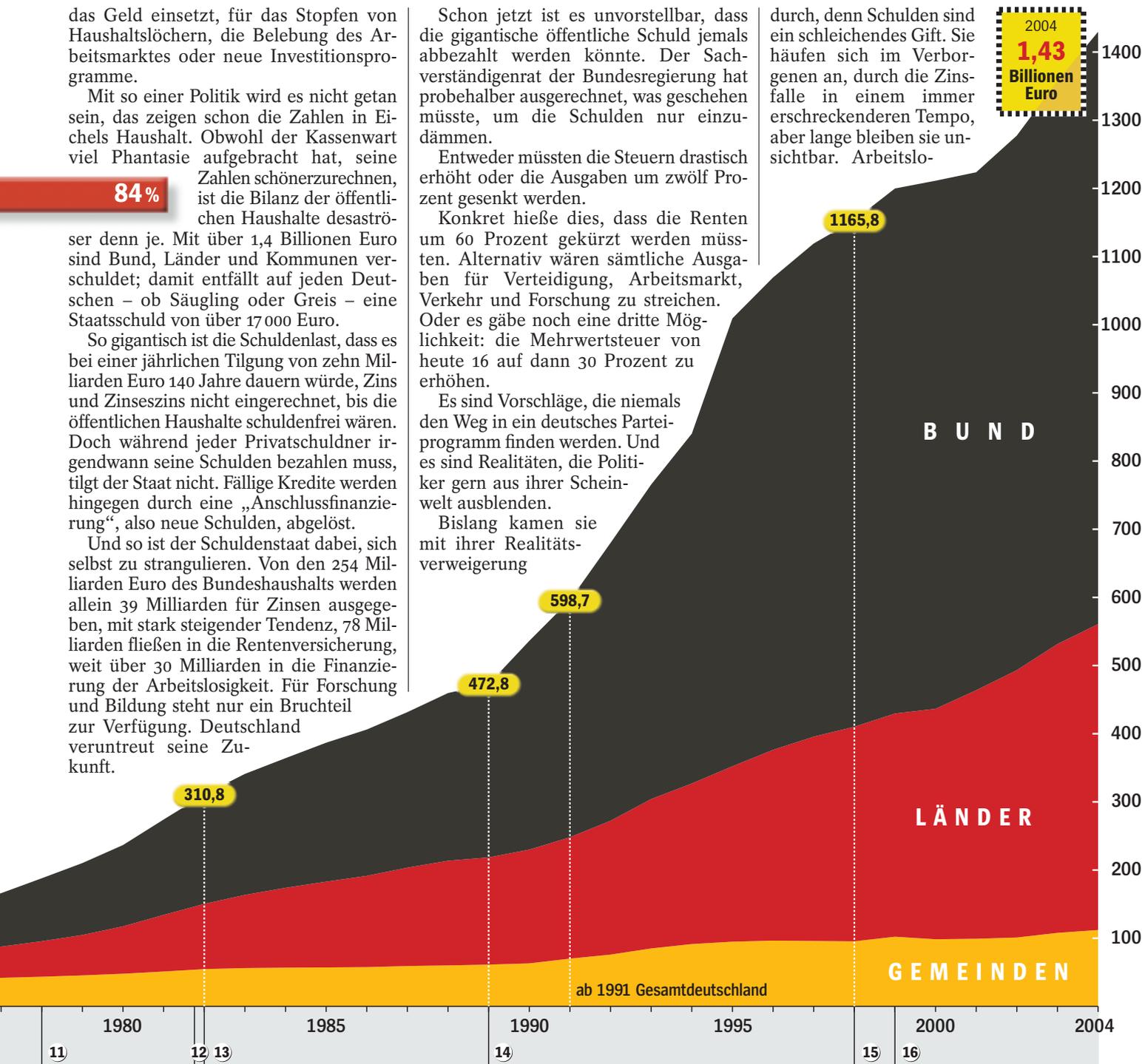
Es sind Vorschläge, die niemanden Weg in ein deutsches Parteiprogramm finden werden. Und es sind Realitäten, die Politiker gern aus ihrer Scheinwelt ausblenden.

Bislang kamen sie mit ihrer Realitätsverweigerung

durch, denn Schulden sind ein schleichendes Gift. Sie häufen sich im Verborgenen an, durch die Zinsfälle in einem immer erschreckenderen Tempo, aber lange bleiben sie unsichtbar. Arbeitslo-

84%

2004
1,43
Billionen Euro



Bilanz 1982
Schuldenquote: **38,7%**
Veränderung gegenüber 1969: **+18,9**

1980

Helmut Kohl, CDU
1982 bis 1998

Bilanz 1989
Schuldenquote: **41,8%**
Veränderung gegenüber 1982: **+3,1**

1985

Bilanz 1998
Schuldenquote: **59,8%**
Veränderung gegenüber 1991: **+20,3**

1995

Gerhard Schröder, SPD
seit 1998

Bilanz 2005 (Prognose IfW Kiel)
Schuldenquote: **66,9%**
Veränderung gegenüber 1998: **+7,1**

2000

sigkeit und Armut haben ein Gesicht, Schulden dagegen lassen sich nicht filmen.

Doch die Wirklichkeit frisst sich langsam ins Bewusstsein der Deutschen. Sie erleben, dass ihre Regierung bereitwillig über neue Ausgaben diskutiert, zum Beispiel über Subventionen für Rußfilter, wo doch schon seit Jahren Diesel-Autos steuerlich gefördert werden. Sie bekommen mit, wie sich der Kanzler in Brüssel spendabel zeigt, um einen Finanzkompromiss möglich zu machen, und sie müssen gleichzeitig Tag für Tag erleben, wie der Staat seine Kernaufgaben immer weiter vernachlässigt, weil das Geld fehlt.

Die Finanzkrise des Staates beschränkt sich nicht auf den Bund. Auch Länder und Kommunen sitzen in der Schuldenfalle, sie können nicht mehr leisten, was die Bürger von ihnen verlangen.

Die Schulen verrotten und müssen von Elterninitiativen gestrichen werden, es kann Stunden dauern, bevor eine Polizeistreife einen Unfall aufnehmen kann, Straßen werden nicht mehr ausgebessert, Gebühren steigen unentwegt, während sich die Leistungen gleichzeitig verschlechtern und die Schlangen an den Behördenschaltern immer länger werden.

Die neue Regierung muss sich schnell entscheiden. Will sie die Steuern erhöhen, um das Schuldenproblem zu lösen, oder ist sie bereit, endlich die Diskussion zu führen, die seit Ludwig Erhard nicht mehr geführt wurde: Wie viel Staat brauchen und wollen die Deutschen? Ist es sinnvoll, dass mittlerweile fast jeder zweite Euro, der in Deutschland erwirtschaftet wird, von der öffentlichen Hand ausgegeben wird – was ist verzichtbar?

Denn das ist das Absurde an der Situation: Der Staat ist hoch verschuldet und beraubt sich so seiner Zukunftsfähigkeit, doch gleichzeitig verschwendet er das Geld, als gäbe es keinen Mangel. Knapp 60 Milliarden Euro Subventionen verteilt die

öffentliche Hand laut Bericht der Bundesregierung pro Jahr. Wissenschaftler des Kieler Instituts für Weltwirtschaft rechnen sogar mit 150 Milliarden Euro Subventionen. Ein Drittel des Steueraufkommens geht demnach für Gestriges und ökonomisch Unsinniges drauf. Kaum ein Bereich des öffentlichen und privaten Lebens, den wohlmeinende Politiker nicht irgendwann als wichtig identifiziert hätten und seither mit Zuschüssen oder Steuererleichterungen alimentieren.

Die Absatzförderung deutscher Steinkohle, mühevoll aus tiefliegenden Erdschichten an Ruhr und Saar gekratzt, ist dem Bund gegenwärtig 2,1 Milliarden Euro wert. Die Bewirtschaftung entlegener Bergwiesen und anderer Randzonen wird mit 131 Millionen Euro gefördert. Firmen, die Reklamekugelschreiber mit ihrem Logo und ähnlichem Tand verschenken, dürfen dafür insgesamt 120 Millionen Euro von der Steuer absetzen. Zwei Millionen Euro Subventionen entfallen auf Brauereimitarbeiter, die steuerfreie Bierkisten nach Hause schleppen.

Die Verlockung, einzelnen Bevölkerungsgruppen immer neue Wohltaten angedeihen zu lassen, war stets so groß, dass sich die geförderten Projekte inzwischen nicht selten in die Quere kommen. So gibt die Regierung Millionen jährlich dafür aus, dass in strukturschwachen Regionen in Rheinland-Pfalz und Bayern Tabakpflanzen gedeihen. Auch die Zigarettenindustrie bekommt Geld vom Staat geschenkt. Jeder ihrer Beschäftigten darf bis zu 7200 Kippen im Jahr qualmen, ohne dass darauf Tabaksteuer fällig würde.

Zugleich aber möchte die Regierung den Menschen das Rauchen dringend abgewöhnen. Etwa zwei Millionen Euro kostet die Aufklärungskampagne („Rauchfrei“) der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Und wer bei einer gesetzlichen Krankenkasse einen Entwöhnungskurs macht, bekommt nicht nur die Gebühren bezahlt, sondern kann auch noch



CARSTEN REIDER / DPA

Landwirtschaft



STEPHAN ELLERINGMANN / LAIF

Bergbau

Subventionierte Wirtschaftsbereiche: Ein Drittel

Sachprämien wie eine Zitruspresse einstreichen.

In Deutschland galt es nicht nur als förderungswürdig, Schiffe zu bauen. Auch das Abwracken wird alimentiert. Und während auf Spielsachen der volle Steuersatz fällig ist, wird auf die Plastik-Bausätze der italienischen Firma Ferrero der ermäßigte Steuersatz angelegt – sie stecken in einem Schoko-Ei und gelten daher als Lebensmittel.

Ebenso verworren behandelt der Staat den Energieverbrauch. Flugzeugbenzin ist, wie die Nachbarn von Flughäfen am wach-

Die größten Finanzhilfen des Bundes ...

Plan für 2004, in Millionen Euro

2102	Steinkohlenförderung
630	Investitionszuschüsse an Betriebe
545	Förderung der Agrarstruktur
500	Wohnungsbau-prämien
481	Zinszuschüsse für Wohnraummodernisierung in den neuen Bundesländern
451	Sozialer Wohnungsbau
250	Zuschüsse an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung

Summe aller Subventionen laut „Subventionsbericht des Bundes“ 2003 **58,7** Mrd. €

... und die größten Steuervergünstigungen

Rechnungsjahr 2004, in Millionen Euro

Eigenheimzulage	3300
Steuerbegünstigung von Strom für bestimmte Unternehmen	1985
Steuerbefreiung der Zuschläge für Nacharbeit u. a.	1457
Vergünstigung für Betreiber von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen	1350
Umsatzsteuerermäßigung für kulturelle und andere Leistungen	1124
Investitionszulage für Modernisierung und Sanierung von Mietwohngebäuden	1070
Investitionszulage für Ausrüstungen	

Quelle: 19. Subventionsbericht der Bundesregierung 2003



Aufbau Ost

Wirtschaftsförderung



Eigenheimbau

Windkraft

des Steueraufkommens für Gestriges und ökonomisch Unsinniges

senden Gedröhn der Billigflieger über ihren Dächern längst bemerkt haben, steuerbefreit. Industriebetriebe, die besonders viel Energie verbrauchen, bekommen einen Nachlass bei der Ökosteuern. Gleichzeitig fördert die Regierung mit Millionenaufwand den Ausbau von Windkraft und Solarstrom, weil man, wie der grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin vorgab, „weg vom Öl“ will.

Viele Subventionen nehmen den Umweg über den Brüsseler 110-Milliarden-Euro-Etat, von dem etwa 45 Prozent für die Förderung der Landwirtschaft ausgegeben werden. Die Bewirtschaftung von Ackerflächen wird ebenso begünstigt wie deren Stilllegung. Fast eine Milliarde Euro geht in den Tabakanbau, obwohl in vielen EU-Staaten inzwi-

11 442

schen nicht einmal mehr in der Kneipe geraucht werden darf. Die Haltung einiger Seidenraupen in Frankreich, jenseits von Asien ein eher randständiges Geschäft, wird mit einer Million Euro belohnt. Jede EU-Kuh bekommt täglich etwa zwei Euro Zuschuss. Das ist mehr, als die meisten Afrikaner zum Leben haben.

Hauptfinanzier dieses Wahnsinns sind die Deutschen. Sie überweisen fast 20 Milliarden Euro an die EU, bekommen aber nur knapp 8 Milliarden wieder zurück. Drei Viertel der Rückflüsse landen bei deutschen Landwirten. Und so kommt

es, dass selbst in dichtbesiedelten Hightech-Regionen Zuckerrüben angebaut werden. Schließlich subventionierte Brüssel den Zuckerpreis jahrzehntlang auf ein Doppeltes des Weltmarktpreises hoch.

Dass einmal gewährte Subventionen wieder einkassiert werden, kommt selten vor. Die von der schwarz-gelben Regierung unter Helmut Kohl eingeführten Steuerprivilegien für Schiffsbeteiligungen etwa, laut Gesetzesbegründung gedacht, „den maritimen Standort Deutschland zu sichern“, wollte die rot-grüne Bundesregierung gleich nach ihrem Wahlsieg 1998 wieder abschaffen. Tatsächlich aber wurde das Steuerparmodell, von dem neben reichen Finanziers vor allem Werften in Südkorea und Handelsflotten unter liberianischer Flagge profitierten, erst jetzt eingeschränkt.

Als unantastbar gilt der größte Posten im 260 Seiten starken Subventionsbericht der Bundesregierung: die Förderung des Wohneigentums. Über elf Milliarden Euro im Jahr verschenkt der Staat an Häuslebauer. Die gut gemeinte Förderung der Vermögensbildung richtet in Wahrheit einen gigantischen volkswirtschaftlichen Schaden an.

Während etwa in Ostdeutschland fast jede Kommune darüber klagt, dass in den Innenstädten massenhaft Wohnraum leer steht, schießen in den Vororten dank staatlicher Hilfe die Neubauten in die Höhe.

Die verlassen Cityimmobilien müssen auf Staatskosten abgerissen werden. Fäulnisgeruch durchweht die Straßen, weil das Abwasser in der Kanalisation nur noch für ein Rinnsal reicht. Doch gleichzeitig schwillt der Pendlerverkehr an. Die Einfallsstraßen müssen breiter und die Parkhäuser größer werden.

Dass einkommensschwachen Familien mit der Eigenheimzulage geholfen wird, fällt in die Kategorie Märchen. Der staatliche Zuschuss hat die Preise für Bauland nach oben getrieben, und zwar weit über den Lebenshaltungsindex hinaus, wie eine Studie für die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen herausgefunden hat. Am Ende landen die Steuermilliarden also vor allem bei den Besitzern von Grund und Boden.

Doch der Staat scheint fest entschlossen, auch weiter seinen Beitrag zur Zersiedlung der Landschaft zu leisten. Für jeden Entfernungskilometer zwischen Wohnstätte und Arbeitsplatz setzt das Finanzamt 30 Cent an, die vom Einkommen, das versteuert werden muss, abgezogen werden dürfen. Selbst für Normalverdiener wird das Häuschen im Grünen so zum echten Steuersparmodell.

Ebenso große Subventionsempfänger sind die Unternehmen. Wenn es darum geht, potentielle Arbeitgeber in die Region zu locken, überbieten sich Landesregierungen und Kommunalpolitiker mit üppigen Geschenken. 363 Millionen Euro

Fördermittel kassierte BMW, als sich der Autokonzern für einen neuen Standort in Leipzig entschied, um seine Dreier-Reihe zu bauen. Für den Autobauer war das ein schöner Nebenverdienst. Ein paar Kilometer weiter beweist Porsche, dass in Sachsen auch ohne staatliche Zulage Autos gebaut werden können. Der Sportwagenhersteller hatte nicht zuletzt aus Imagegründen auf Subventionen verzichtet. Das Werk rechnet sich dennoch.

Wer seine Produktion und damit auch die Arbeitsplätze gleich nach Übersee verlagern möchte, bekommt Unterstützung bei einer der zahlreichen Messen und Beratungsstellen, die die Regierung zur Pflege von Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland mit insgesamt 34 Millionen Euro jährlich unterstützt.

Den Schaden hat die Allgemeinheit. Teure Subventionen erzielen in der Regel nicht das erwünschte Ergebnis und blähen zudem den Staatshaushalt auf, der dadurch auf Pump finanziert werden muss.

Hemmungen gibt es schon lange nicht mehr, staatliche Leistungen durch Schulden statt durch reguläre Einnahmen zu finanzieren. Das Rezept ist zu lange in Gebrauch, um noch abgewandelt zu werden. Es ist ja auch sehr bequem: einfach ein paar zusätzliche Bundesschatzbriefe auf den Markt werfen, und schon lässt sich die eigene Wählerklientel beschenken, ohne die Steuern erhöhen zu müssen. Und bis der Kredit zurückgezahlt werden muss, ist die Regierung oft nicht mehr im Amt.

So kam jene Schuldenspirale in Gang, an der in den vergangenen 30 Jahren alle Regierungen mitdrehten, ganz gleich ob sie nun von der SPD oder der Union geführt wurden. Unter den sozialdemokratischen Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt verfünffachte sich die Staatsschuld bis Anfang der achtziger Jahre auf etwa 300 Milliarden Euro. Nachfolger Helmut Kohl packte bis Ende der achtziger Jahre noch einmal 200 Milliarden Euro obendrauf.

Es war die Stunde der großen Staatsschauspieler. Während der Schuldenberg unaufhaltsam wuchs, gaben die Finanzminister unbeirrt die wackeren Kämpfer für Haushaltsdisziplin und Sparsamkeit. Von Karl Schiller über Helmut Schmidt bis zu Theo Waigel und Hans Eichel – stets wuss-

ten die Kassenwarte wortreich vor dem „süßen Gift der Verschuldung“ zu warnen, stets träumten sie vom Abbau des Schuldenbergs oder setzten sich „ausgeglichene Haushalte“ zum Ziel.

In Wahrheit hielten sie die Kreditmaschine selbst am stärksten in Schwung. Regelmäßig setzten sie ihre Prognosen für Konjunktur und Staatseinnahmen viel zu optimistisch an. Und regelmäßig strichen sie nicht etwa die Ausgaben zusammen, wenn sie ihre Erwartungen verfehlten, sondern machten vor allem neue Schulden.

Die größte Fehlkalkulation dieser Art lieferte Helmut Kohl beim Management der deutschen Einheit. Nach Währungsunion und Vereinigung, so kalkulierte der Kanzler, würden sich die neuen Bundesländer rasch in „blühende Landschaften“ verwandeln. Also finanzierte er die Einheitskosten auf Pump – schließlich würde sich die Investition in die neuen Länder bald mit Zins und Zinseszins zurückzahlen.

Es kam anders, wie man heute weiß. Die Ostindustrie florierte nicht, sondern brach allein in den ersten beiden Vereinigungsjahren um mehr als ein Drittel ein. Die Folgen für den Haushalt waren fatal. Die erwarteten Steuereinnahmen fielen aus, während gleichzeitig die Kosten für Arbeitslosigkeit, Frühverrentung und Wirtschaftsförderung in die Höhe schnellten. Der Staat musste neue Schulden in der Höhe von umgerechnet 600 Milliarden Euro machen.

Seither treibt die Republik zielgerichtet der Pleite entgegen. Reformen wie Kohls Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung oder die Agenda 2010 der Regierung Schröder brachten, wenn überhaupt, allenfalls vorübergehende Hoffnung, aber keine grundlegende Wende. Heute liegt der offiziell ausgewiesene Schuldenstand bei der unvorstellbaren Summe von mehr als 1,4 Billionen Euro, zwei Drittel der Jahresproduktion der gesamten Volkswirtschaft. Ändert sich nichts, wachsen die Verpflichtungen nach einer Prognose des Münchner Ifo-Instituts innerhalb der nächsten beiden Generationen sogar auf den Horrorwert von 111 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – und damit auf das Niveau mancher Schuldenstaaten Lateinamerikas.

Tatsächlich sei die Schuldenlast bereits heute viel größer aus ausgewiesen, sagen die Experten. Denn zu den öffentlich benannten Krediten im Bundeshaushalt müssen noch jene verdeckten Schulden addiert werden, die der Staat in seinen Sozialkassen aufgetürmt hat. Ob Renten-, Kranken- oder Pflegeversicherung – überall hat der Staat Leistungszusagen abgegeben, die mit den heutigen Beiträgen nicht gedeckt werden können. Diese sogenannte implizite Staatsschuld beläuft sich nach Expertenkalkulationen auf etwa sechs Billionen Euro, einen Betrag, für den alle Deutschen zweieinhalb Jahre lang unent-

Eichels Tricks

Wie Einnahmen von morgen heute ausgegeben werden



RUSSLAND Der Finanzminister veräußerte ausstehende Kreditforderungen an Russland und musste dafür kräftige Abschläge in Kauf nehmen. Zusätzliche Schulden wären billiger gewesen.



TELEKOM Eichel will im Sommer Forderungen gegenüber Post und Telekom, die die Pensionen ihrer früheren Staatsdiener mitfinanzieren müssen, vorzeitig verkaufen.



KfW Eichel will das sogenannte ERP-Programm für mittelständische Unternehmen der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) übertragen und dabei zwei Milliarden Euro für den Bund abzweigen.

geltlich arbeiten müssten, wollten sie ihn aufbringen.

So gigantisch sind die Zahlen, dass viele Bürger und Politiker nur noch mit den Schultern zucken. Dauert der angeblich so verhängnisvolle Marsch in den Schuldenstaat nicht schon 30 Jahre an? Hat es die Bundesrepublik nicht dennoch zum Exportweltmeister gebracht und zum Nettozahler in der Europäischen Union? Und vor allem: Ging es den Deutschen nicht ganz gut dabei?

So denken viele – und merken nicht, wie sehr sie dem verführerischen Suchstoff erlegen sind. Denn darin liegt das Gefährliche der Entwicklung: Die Vorteile staatlicher Kredite fallen allesamt heute an, die Schäden dagegen lassen sich erst morgen besichtigen. Schleichend zunächst und kaum merklich, aber dann mit voller Wucht zerrütten steigende Kreditlasten die öffentlichen Haushalte, saugen einen immer größeren Teil der Wirtschaftskraft ab und nehmen künftigen Generationen nach und nach jeden Bewegungsspielraum.

Wie sehr das Land bereits auf Kosten seiner Kinder lebt, zeigt nichts so deutlich wie die Entwicklung der öffentlichen Zinslast. 1964 musste Finanzminister Rolf Dählergrün von 100 Euro seines Etats nicht einmal 2 Euro für den Schuldendienst abzwiegen. Sein Nachfolger Hans Eichel gibt bereits 15 Euro nur für Zinsen aus. Und wenn die Entwicklung nicht bald gestoppt wird, dürften seine Nachfolger im Jahr 2050 bereits 25 Euro zahlen. Ein Viertel des Staatsetats wäre dann zweckentfremdet und fremdbestimmt von den eigenen Eltern.

Schon heute diktiert die Schuldensucht von gestern einen Großteil der Etats von heute. Weil die Regierungen der vergangenen drei Jahrzehnte bedenkenlos Schulden und Sozialansprüche aufhäufelten, muss ein Großteil des laufenden Staatshaushalts derzeit eingesetzt werden, die damals begründeten Ansprüche zu befriedigen. Fast 55 Prozent ihres Etats gibt die Regierung heute für Renten, Zinsen oder den Arbeitsmarkt aus. 1964 waren es erst 15 Prozent.

Zugleich sind die öffentlichen Investitionen erheblich gesunken. Für neue Straßen, Forschungslabors oder Universitäten kann der Staat nur noch 9,6 Prozent seiner Ausgaben einsetzen. Vor zehn Jahren waren es 13,3 Prozent.

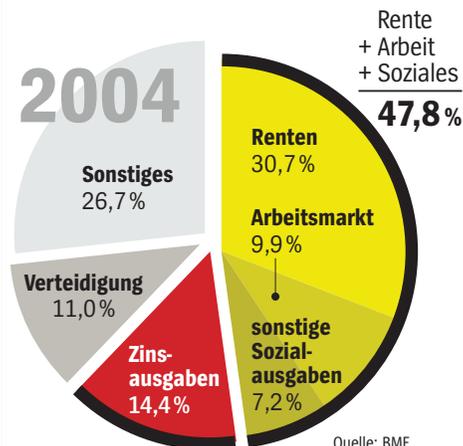
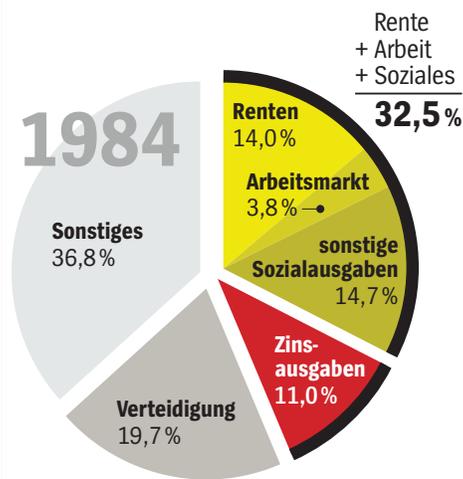
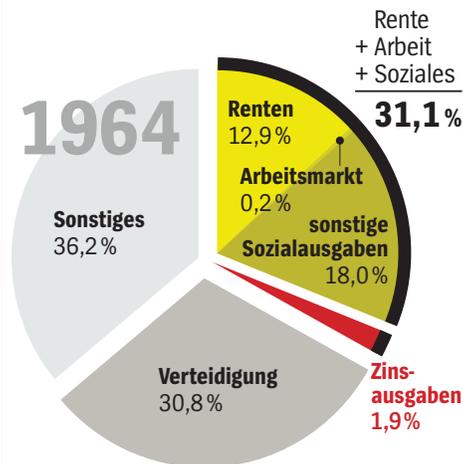
Die Republik lebt von der Substanz. Mehr als 41 Prozent der Erwachsenen beziehen mittlerweile staatliche Transfers. Um die horrenden Ausgaben für Renten, Pensionen und andere Alterslasten aufzubringen, muss der Staat zunehmend Vermögenswerte verkaufen. Allein zwischen 1995 und 2003 hat der Staat für fast 55 Milliarden Euro Beteiligungen auf den Markt geworfen – doch für ein Programm zur Ganztagsbetreuung von Kindern im Umfang von 4 Milliarden Euro ist kein Geld da.

Und so hat jeder Deutsche, der heute geboren wird, von Beginn an eine Schuldenlast von über 17.000 Euro zu tragen. Längst ist die Finanzschiefelage „so extrem, dass es einem den Atem verschlägt“, sagt Rechnungshofpräsident Dieter Engels.

Niemand weiß das besser als der Finanzminister. Als Hans Eichel im April 1999 den Posten übernahm, trat er an, den Weg in den Schuldenstaat zu stoppen. „Raus aus der Schuldenfalle“, lautete die Mahnung des obersten Kassenwarts, die in kaum einer seiner Reden fehlte.

Sozialstaat auf Pump

Entwicklung der Bundesausgaben



Quelle: BMF

Was der neue Geldwächter den Bürgern versprach, war nichts weniger als eine finanzpolitische Revolution. „Nur mit Ehrlichkeit und Verlässlichkeit haben wir eine Chance“, verkündete der Finanzminister kurz nach seinem Amtsantritt. Und: „Die Zeit des Durchmogelns ist vorbei.“ Alle Zahlen sollten auf den Tisch, nichts sollte beschönigt werden, noch sei es nicht zu spät, die endgültige Krise der Staatsfinanzen abzuwenden.

Mit missionarischem Eifer zog Eichel durchs Land und erklärte seine rigorose Sparpolitik als „eine fundamentale Frage sozialer Gerechtigkeit unseren Kindern gegenüber“. Sparen sei kein Selbstzweck, versicherte er, aber der Haushalt sei so mit den Zinsen für alte Kredite belastet, dass kaum noch Geld für die Gestaltung der Zukunft übrig sei.

In nur wenigen Monaten erhob Eichel Sparsamkeit zum moralischen Prinzip. Denn der nächsten Generation solle man, so argumentierte der Finanzminister, bessere Bildung, Umweltschutz, Infrastruktur vererben – aber keinen Schuldenberg. Als Symbol für seine finanzpolitische Philosophie schmückte Eichel sein Büro mit mehr als einem Dutzend bunter Sparschweine.

Am Anfang lief alles glatt. Die Bürger glaubten dem neuen Sparguru der Republik, der wie kein Finanzminister zuvor auch in privater Enthaltbarkeit lebte. Eichel ging mittags zum Döner-Mann, kaufte billige „Billy“-Regale bei Ikea, putzte bei Bedarf seine Berliner Wohnung und verordnete sich lieber eine Diät, als zu eng gewordene Oberhemden auszumustern. Der Spar-Hans war Realität.

Seinen ersten politischen Erfolg verbuchte Eichel mit dem Haushalt 2000. Mit kräftiger Unterstützung des Kanzlers schleuste er einen Sparhaushalt durchs Kabinett, der Einschnitte von knapp 15 Milliarden Euro vorsah. Die milliarden-schweren Ausgabenwünsche seiner Ministerkollegen wehrte der „Eiserne Hans“ mit Erfolg ab. Sparen war jetzt angesagt – und alle machten, wenn auch grummelnd, mit. Eichel war so mit sich zufrieden, dass er sein erstes – und auch einziges – Sparpaket gleich als das „größte Entschuldungsprogramm in der Geschichte Deutschlands“ lobte. Selbst SPD-Finanzexperte Joachim Poß, früher ein Anhänger einer kreditfinanzierten Nachfragesteuerung, jubelte: „Der Marsch in den Schuldenstaat ist gestoppt.“

In ihrer Euphorie entwarf die Regierung eine rosige Zukunft für das Land. Deutschland werde sich zum finanzpolitischen Musterschüler Europas entwickeln, versprach die Regierung Schröder. Schon 2004 solle das gesamtstaatliche Defizit, also die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden, null Prozent betragen. Und der Bund, so das ehrgeizige Ziel des Finanzministers und seines mächtigen Haushaltsstaatssekretärs Manfred Overhaus,

Tödliche Küsse

Förderprogramme verführen klamme Kommunen zu gewagten Ausgaben – mit immer wieder fatalen Folgen für Stadtkassen und Steuerzahler.

Es gibt viele Möglichkeiten, eine kleine Gemeinde in die roten Zahlen zu treiben – aber kaum eine originellere Methode als im baden-württembergischen Kanzach. Im vergangenen Jahr stellte die Kommune eine neue Ritterburg fertig, 50 Meter lang, 16 Meter hoch, über zwei Millionen Euro teuer. Es ist eine Rekonstruktion aus Holz, die Freizeitritter locken soll.

Jetzt aber ist manchem im oberschwäbischen 500-Seelen-Nest mulmig zumute. Die Besucherzahlen liegen unter Plan, die Förderung läuft zum Jahresende aus. Bürgermeister Rudolf Obert musste deshalb am vergangenen Mittwoch betteln gehen beim Gemeindeverband Bad Buchau. Ob der Verband hilft, steht noch offen.

Dabei ist die Burg – wissenschaftlich ambitioniert, nur leider völlig abgelegen – eingehend geprüft: von der Europäischen Union. Die hat, zusammen mit dem Land, 70 Prozent der Baukosten aus einem Fördertopf gedeckt. Das ist der einzige Grund, warum Kanzach überhaupt diese Burg hat bauen lassen. Das Problem mit dem Geldsegen: Die 15 Prozent, die die Gemeinde selbst beisteuern musste, brachten dem einst schuldenfreien Dorf rund 300 000 Euro Miese.

Wie in Kanzach erliegen immer wieder Bürgermeister der süßesten Versuchung, seit es Subventionen gibt: EU-Mittel aus Brüssel, geschenktes Geld, verleiten sie zu unsinnigen oder riskanten Investitionen. Auf einem Teil der Kosten bleiben sie dabei oft sitzen.

Ausgeblutet durch sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialleistungen, greifen die Kommunen trotzdem schnell nach dem Geld von Land, Bund oder eben der EU. Denn gerade für Gemeinden in wirtschaftsschwachen Gegenden scheint das oft die einzige Chance zum Gegensteuern – mit vollem Risiko freilich, dann gegen die Wand zu fahren.

Knapp hundert Milliarden Euro Schulden haben die deutschen Kommunen nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebunds angehäuft. Und dessen Präsident Christian Schramm ist pessimistisch: Die Notlage setze sich fort, verkündete er und rechnete für 2005 erneut „mit einem Finanzdefizit von fast sechs Milliarden Euro“.

Da können Subventionen manchem Kommunalpolitiker allzu schnell als Ret-



SVEN DÖRRING / VISUM

Schwimmbad in Tabarz: Teure Kredite für den Spaßtempel mit Turborutsche

tung in der Not erscheinen – auch wenn ein Projekt tatsächlich wenig Sinn hat und weitere Schulden mit sich bringt. Der Förderwahn, so Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler, schaffe den „systembedingten Nährboden für den unwirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln“ – fremdes Geld gibt sich leichtfertiger aus als eigenes.

Nach Ansicht des Steuerzahlerbunds hätte etwa die Stadt Hilchenbach im Siegerland sonst niemals ein neues Wartehäuschen für Busfahrgäste gebaut – schon gar nicht dort. Denn der gläserne Unterstand, 4500 Euro teuer, steht in einer Nebenstraße. Ein Häuschen an der Haltestelle selbst konnte die Gemeinde nicht bauen, weil ihr da ein Grundstück fehlte. Gebaut werden sollte aber auf jeden Fall, schließlich waren noch Fördermittel übrig. Die mussten raus, sonst hätten sie dem Land zurückgegeben werden müssen.

Das aber kann einem Kommunalpolitiker kaum in den Sinn kommen: Geld nicht auszugeben, wenn endlich einmal etwas verfügbar ist. Es sei denn, die Schulden drücken schon zu sehr. „Manche Kommunen können keine Fördermittel mehr beantragen, weil sie den geforderten Eigenanteil nicht mehr aufbringen können“, so der Städte- und Gemeindebund.

Ohne Fördermittel können viele Kommunen gar nichts mehr bewegen – mit ihnen lässt sich auf Kosten der Steuerzahler freilich auch Unfug anstellen.

Dann kann man etwa plötzlich nicht nur den gewünschten Verkehrskreisel bauen, sondern in dessen Mitte auch noch einen Springbrunnen oder Blumenrabatten. Allein in brandenburgischen Gemeinden gibt es fünf neue Kreisel, Stückpreis rund 200 000 Euro, die zur Hälfte von der EU bezahlt worden sind. „Manche Verwaltung leistet sich da richtig Luxus“, klagt Bernd Frischgesell, Präsident des brandenburgischen Landesverkehrsamts.

Die Kommunen tragen in diesem Förderprogramm der EU maximal die Hälfte der Kosten – bei anderen Infrastrukturmaßnahmen sogar noch weniger, auch weil manchmal die eigenen Bürger zur Kasse gebeten werden können.

Beispiel Belum, ein Dorf in Niedersachsen, wo sich der Bürgermeister über die geplante Ausbesserung eines kleinen Weges freut. Anwohner halten die Baumaßnahme für überflüssig, sollen aber einen wesentlichen Teil der Kosten tragen. Insgesamt sind 62 000 Euro veranschlagt. Die EU zahlt 31 000 Euro davon, rund 23 000 Euro sollen die Anwohner übernehmen. Bleiben für die Gemeinde nur rund 8000 Euro.

Für die Kommunen werden solche EU-Zuschüsse immer wichtiger. Denn manche EU-Programme gleichen Wundertüten, in denen findige Bürgermeister immer wieder viel Geld entdecken können.

Besonders beliebt etwa seit einiger Zeit: Erlebnispfade, auf denen sich nackten Fußes die Natur erkunden lässt. 900 Meter im hessischen Hofbieber etwa – gefördert mit Mitteln aus einem Brüsseler Programm. Kosten für die Gemeinde Hofbieber: 49 300 Euro, wobei damit auch noch ein paar Becken einer Kneipp-Anlage renoviert wurden. Dieselbe Summe, 49 300 Euro, zahlte die EU obendrauf.

Damit ihnen ja keine Fördermöglichkeit entgeht, leisten sich manche Kommunen eigene Subventionsberater. Die Stadt Mannheim unterhält ein „Europabüro“, neun Kommunen im Raum Lüneburg beschäftigen gemeinsam eine „Regionalmanagerin“. Heide Narberhaus müht sich nun, „die Wünsche der Kommunen mit der Projektidee der EU in Einklang zu bringen“.

Das geht dann etwa so: Die neue Heizung für die Grundschule hätte die Gemeinde Dannenberg eigentlich allein zahlen müssen. Doch dann kaufte sie keine Ölheizung, sondern für 270 000 Euro ein

mune als Todeskuss: Erst schmeckte er köstlich, dann wirkte er fürchterlich.

90 Millionen Euro hat etwa das Land Thüringen für Spaßbäder in acht Kommunen ausgeschüttet. Doch vier Bäder sind zeitweise in enorme finanzielle Schwierigkeiten geraten und mit ihnen die Kommunen. Die seien regelrecht gedrängt worden, die Förderanträge beim Wirtschaftsministerium in Erfurt einzureichen, damit Thüringen seinen Anteil an den Ost-Mitteln beim Bund abrufen könne, kritisiert die thüringische SPD.

Zum Beispiel Tabarz in West-Thüringen: Erst sollten 8,8 Millionen Euro Fördermittel in die 4300-Seelen-Gemeinde fließen, dann wurden es immer mehr. Das Ministerium in Erfurt erhöhte den Fördersatz ohne Murren von 60 auf 70 Prozent und später gar auf 80 Prozent. Die Kosten des Bads wuchsen mit und lagen schließlich über 20 Millionen Euro, unter anderem durch den Bau einer „Turborutsche“.

Jetzt quälen sich die Tabarzer mit dem Spaßtempel, am Mittwoch vergangener Woche musste mal wieder eine Bürgerversammlung einberufen werden. Da wurde erklärt, die klamme Kommune müsse einen neuen Sechs-Millionen-Kredit aufnehmen, um das Bad vor der Insolvenz zu retten. Nicht nur die Kommunalpolitiker in Tabarz wünschen sich heute, dass sie vor dem Bau länger überlegt hätten.

Häufig aber erzeugen die Förderungen einen erheblichen Zeitdruck, der zu vorschnellen Entscheidungen führt. Da werden Projekte nicht durchdacht, sondern durchgepaukt, weil sonst die Bewerbungsfrist abläuft. Oder überhastet umgesetzt, bevor die Gelder verfallen. Als das rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium im Oktober 2003 das große EU-

Programm „leader+“ bewerten ließ, hieß es in dem Zwischenbericht: Die „knappe Bewerbungsphase“ begünstige „kursorische Projektierungen“. Es drohten „Schnellschüsse“ und „Luftschlösser“.

Im Nachbarland Baden-Württemberg muss man sich nicht mit Luftschlössern begnügen. Gefördert durch ebendieses EU-Programm, steht hier stolz gereckt in den oberschwäbischen Himmeln: die veritable Holzzitterburg zu Kanzach am Federsee.

CHRISTINE BÖHRINGER,
MICHAEL FRÖHLINGSDORF, SEBASTIAN KNAUER,
MARKUS VERBEET, STEFFEN WINTER



MICHAEL LANZ / DDP

Burg in Kanzach: Mit EU-Geld in die Miesen

ganzes Biomasse-Kraftwerk und Solarzellen – die Hälfte zahlte Brüssel.

Die Dannenberger müssen allerdings gerade erfahren, welch fatale Folgen ein EU-Zuschuss haben kann. Ihr Freibad, einst errichtet mit Mitteln aus Brüssel, können sie sich jetzt kaum noch leisten. Es zu schließen, aber auch nicht – der Bürgermeister fürchtet eine Rückforderung der Beihilfe aus Brüssel.

Es sind die Folgekosten derartiger Investitionen, die vielerorts unterschätzt oder unterschlagen worden sind. Mancher Zuschuss erwies sich für die Kom-

UMFRAGE: PERSÖNLICHER VERZICHT



„Wären Sie persönlich bereit, zur Verringerung der Staatsverschuldung auf eigene Einkünfte aus öffentlichen Mitteln, z. B. die Eigenheimzulage zu verzichten?“

Ja, ganz 17%

Ja, teilweise 42%

Nein 26%

13% spontan: beziehe keine öffentlichen Mittel

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 21. bis 23. Juni; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

werde 2006 ein Budget ohne Kredite vorlegen. Jahr für Jahr sollte die Neuverschuldung um fünf Milliarden Euro reduziert werden, um schließlich bei null zu liegen. Selbst Überschüsse, mit denen Steuersenkungen oder Bildungsausgaben finanziert werden könnten, stellte sich Eichel in dieser glücklichen Zeit vor. Plötzlich schien alles möglich.

Doch die Rechnung war zu schön, um wahr werden zu können. Schon nach zwei Jahren war der „Sparminator“ am Ende. Eichel hatte fest mit stabilem Wachstum gerechnet, als sich die Konjunktur abkühlte, fehlte ihm und dem Kanzler der Mut, mit einem Sparprogramm auf die veränderte Wirklichkeit zu reagieren. Stattdessen tat Eichel das, was alle seine Amtsvorgänger getan hatten, wenn die Einnahmen hinter der Prognose zurückblieben: Er besorgte sich das Geld als Kredit.

Sparen sei Gift für die Konjunktur, verteidigte der Minister seine Schuldenpolitik. An die künftigen Generationen und die Zukunft des Landes denkt Eichel seitdem immer seltener.

Weil Deutschland 2002 erstmals gegen die Defizitgrenze des Europäischen Stabilitätspakts zu verstoßen drohte, forderte die EU-Kommission härtere Sparmaßnahmen. In letzter Minute konnte der Kanzler zwar einen blauen Brief der Kommission abwenden, doch die Sparpolitik, das Markenzeichen der rot-grünen Regierung, war am Ende.

Was folgte, war die Zeit der Lügen, Tricks und Täuschungen. Noch im Bundestagswahlkampf 2002 versicherte Eichel vehement: „Wir weichen nicht in neue Schulden aus.“ Wenige Tage später musste Eichel zugeben, dass der Haushalt nicht ohne Nachtragshaushalt und zusätzliche Kredite zu retten sei und auch der Europäische Stabilitätspakt nicht eingehalten werden könne. Die Opposition vermutete

ein betrügerisches Spiel und rief den Lügenausschuss ins Leben.

Nur mit Mühe gelang es Eichel, dem Gremium zu erklären, dass er die Öffentlichkeit vor der Wahl nicht absichtlich mit falschen oder geschönten Zahlen getäuscht habe. Eichel blieb zwar Finanzminister, doch von diesem Augenblick an war die Glaubwürdigkeit des Ministers dahin. Der frühere Star im Kabinett Schröder hatte abgewirtschaftet, selbst der Regierungschef ließ ihn fallen. „Hans, jetzt lass mal gut sein“, fiel Schröder seinem früheren Lieblingsminister während der Koalitionsverhandlungen immer häufiger ins Wort, wenn dieser vor neuen Ausgabenwünschen warnte.

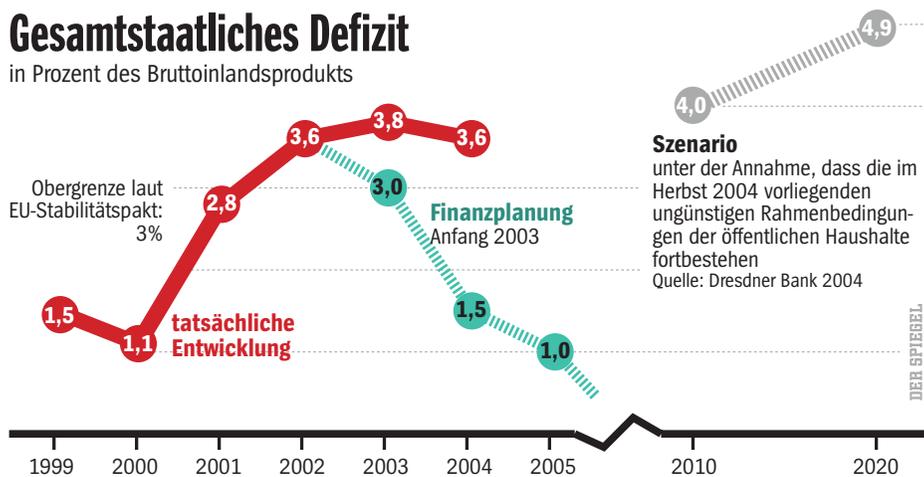
Fortan versagte der Kanzler seinem Kasenwart die Rückendeckung für dessen Sparpolitik. In seiner Not rechnete sich Eichel die Zukunft schön und vertraute auf das Prinzip Hoffnung. In seiner Finanzplanung unterstellte er so hohe Wachstumsraten, dass es möglich schien, den Bundeshaushalt allein über die sprudelnden Steuereinnahmen zu sanieren. Doch



Finanzminister Eichel, Kanzler Schröder: Rüffel vom Rechnungshof

Gesamtstaatliches Defizit

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



die existierten stets nur auf dem Papier, in Wirklichkeit ermittelten die Steuerschätzer Jahr für Jahr gigantische Ausfälle. Mehr als 60 Milliarden Euro fehlen allein in der aktuellen Finanzplanung.

In Panik verfällt Eichel deswegen nicht. Tut sich irgendwo ein Haushaltsloch auf, stopft es Eichel mit neuen Schulden oder den Erlösen aus Privatisierungsgeschäften. Allein in diesem Jahr plant er mit einer Nettokreditaufnahme von 22 Milliarden Euro, etwa 23 Milliarden Euro sollen durch teure Einmaleinnahmen hinzukommen. Denn mittlerweile verdient der Fiskus nicht allein am Verkauf von Aktien, die er etwa an der Telekom oder Post hält.

Ganz oben auf der Trickliste des Ministers stehen sogenannte Verbriefungsgeschäfte. So bezeichnen Börsenexperten Transaktionen, bei denen künftige Einnahmen des Staates bewertet und als Anleihe an den Finanzmärkten verkauft werden. Eichel hat als erster Finanzminister überhaupt von diesem Finanzmarktinstru-

ment Gebrauch gemacht – und offenbar Gefallen daran gefunden.

Im vergangenen Sommer verkaufte er ausstehende Kreditforderungen gegenüber Russland mit einem kräftigen Abschlag an der Börse. In diesem Sommer sollen Forderungen gegenüber Post und Telekom, die die Pensionen ihrer früheren Staatsdiener mitfinanzieren müssen, vorzeitig veräußert werden.

Auch Kreditforderungen gegenüber mittelständischen Unternehmen, die in den vergangenen Jahren 18 Milliarden Euro aus dem sogenannten ERP-Fonds erhalten haben, will Eichel im nächsten Jahr als Anleihe auf den Markt werfen. Die übrigen 12 Milliarden Euro aus den früheren Marshallplan-Mitteln will Eichel der staatlichen KfW Bankengruppe überweisen und davon gleich 2 Milliarden für den Haushalt abzwacken. Mit sinnvoller Privatisierungspolitik haben solche Transaktionen nichts zu tun, Eichel verspielt das Vermögen des Landes.

Der Bundesrechnungshof hat diese Form der schnellen Geldbeschaffung bereits in mehreren Gutachten scharf gerügt, denn die Regierung wird diese Anleihen nur mit einem kräftigen Abschlag los. Die Haushaltswächter kritisieren, dass zusätzliche Kredite billiger seien als Forderungsverkäufe. Zudem widersprechen solche Operationen dem Gedanken der Generationengerechtigkeit, weil künftige Staatseinnahmen bereits heute ausgegeben werden und in späteren Haushalten fehlen.

Auch die haushaltspolitischen Empfehlungen, die die Rechnungsprüfer in einem internen Papier mit dem Titel „Stopp der ausufernden Staatsverschuldung“ anraten, haben es in sich. Grundsätzlich sollte demnach ein Haushalt ausgeglichen sein, ohne dass Kredite aufgenommen werden. Für ein schuldenfreies Budget sollten einmalige Einnahmen, also insbesondere Privatisierungserlöse, nicht mit einbezogen werden. Diese sollten, so die Bonner Experten, „ausschließlich zur Tilgung von bestehenden Altschulden eingesetzt“ werden. Würde Eichel diese beiden Ratschläge befolgen, hätte er es allein in diesem Jahr mit einem Haushaltsloch von 45 Milliarden zu tun.

Immer wieder haben Wissenschaftler in den vergangenen Jahren gründlich untersucht, wie der Staat der Schuldenfalle entkommen könnte. Vorschläge gibt es von den fünf Wirtschaftsweisen, den Wirtschaftsforschungsinstituten, aber auch von den politischen Stiftungen. Selbst die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat dem Finanzminister vor drei Monaten ein Papier überreicht, das Lösungen gegen die finanziellen Lasten der demografischen Entwicklung des Landes aufzeigt.



LITA RADEMACHER

Oppositionspolitiker Merkel, Stoiber: Buhlen um Zustimmung

Gegen die drohende Schuldenexplosion empfiehlt Bert Rürup, der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, neben weiteren Sparanstrengungen auch eine Verbesserung der Einnahmeseite des Staates. „Die öffentlichen Haushalte sollten nicht über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer konsolidiert werden. Vielmehr gilt es, die vielen Steuerausnahmen zu streichen“, sagt der Darmstädter Ökonom. Allein die Abschaffung der Eigenheimzulage, des Sparerfreibetrags und der Übungsleiterpauschale brächten dem Fiskus mittelfristig gut 14 Milliarden Euro, hat Rürup berechnet. Nicht akzeptabel sei zudem, dass der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für insgesamt 54 Produkte gelte, darunter so ökonomisch zweifelhaft wie Schnittblumen, Hundefutter oder Rennpferde.

Solche Vorschläge beschreiben erste Schritte, um aus der verhängnisvollen Schuldenspirale herauszukommen. Für eine grundlegende Wende in der staatlichen Finanzpolitik aber reichen sie nicht

aus. Dazu wäre es notwendig, die Rolle des Staates sowie die Finanzierungsprinzipien und Aufgaben seiner Sozialsysteme viel tiefgreifender in Frage zu stellen – nach den Konzepten beispielsweise, wie sie der Sachverständigenrat sowie die Rürup- oder Herzog-Kommissionen vorgelegt haben. Danach

- ▶ müssten viele wohlfahrtsstaatliche Leistungen auf ein wirtschaftlich tragfähiges Niveau zurückgeführt,
- ▶ müssten die lohnbezogenen Sozialversicherungsbeiträge durch eine Mischung aus Eigenvorsorge und steuerfinanzierten Zuschüssen etwa nach dem Konzept der Kopfprämien ersetzt,
- ▶ müsste die Einnahmebasis des Staates durch das Schließen von Schlupflöchern und eine zielgenauere Besteuerung von Erbschaften und Vermögenswerten verbreitert werden.

Ein solches Konzept wäre keineswegs das neoliberale Streichkonzert, als das es seine Kritiker gern abwerten. Der Staat bliebe als Garant sozialer Sicherheit erhalten, die Arbeitnehmer würden auf breiter Front entlastet, Reiche und Vermögende müssten in vielen Fällen sogar mehr zahlen als heute. Vor allem aber würde ein solches Programm Schluss machen mit der unseligen Methode, immer neue Schecks auf künftige Generationen auszustellen.

Die Politiker kennen die Empfehlungen der Experten nur zu gut.

Sie wissen, dass die heute 20-Jährigen im globalen Wettlauf mit ihren Altersgenossen aus China oder den USA keinerlei Chance haben werden, wenn sie den überwiegenden Teil ihrer Wirtschaftskraft bald an

Rentner und Pensionäre abliefern müssen. Sie wissen, dass die Republik schon seit Jahren über ihre Verhältnisse lebt. Und sie wissen auch, dass Deutschland seine Zukunft verspielt.

Gelegentlich sagen sie es auch – in ihren Festreden zum Ludwig-Erhard-Gedenken, in den zahllosen Berichten der Bundestagskommissionen zum demografischen Wandel, in den lyrisch verfassten Einleitungskapiteln ihrer Partei- und Regierungsprogramme.

„Die Politik des ungehemmten Schuldenmachens ist ein Fundamentalangriff auf die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der nachfolgenden Generationen“, heißt es in einem aktuellen Bundestagsantrag der CDU zur Haushaltspolitik. Und Finanzminister Eichel verspricht im Schlusskapitel seines gerade veröffentlichten Nachhaltigkeitsberichts: „Neben dem Abbau der Staatsverschuldung müssen die sozialen Sicherungssysteme demografiefest gemacht und künftige Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten wirksam entfaltet werden.“

So weit die politische Theorie. Die politische Praxis, noch dazu die eines Bundestagswahljahres, sieht anders aus. Da wollen die Politiker Hoffnung und Zuversicht verbreiten, da buhlen sie um Sympathie und Zustimmung, da suchen sie nach positiven Botschaften.

Im Kampf um Stimmen und Umfragergebnisse lassen sie sich zu leichtfertigen Festlegungen hinreißen, die nicht selten ihre komplette Amtszeit überschatten. Entweder können sie nicht mehr tun, was nötig ist. Oder sie müssen nach der Wahl anders handeln, als sie vorher angekündigt haben.

So erging es im vorigen Wahlkampf Kanzler Gerhard Schröder. Vor der Wahl beteuerte er, es werde keine linearen Einschnitte in Sozialleistungen geben, und die Arbeitslosenhilfe werde nicht auf das Niveau der Sozialhilfe gesenkt. Nach seiner Wiederwahl kam die Agenda 2010.

Ähnlich könnte es in diesem Wahlkampf Angela Merkel ergehen, zum Beispiel in der Rentenpolitik. Da schwört die CDU auf den demografischen Faktor. Er sieht vor, dass die Renten von Jahr zu Jahr langsamer wachsen als die Löhne. Und wenn die Löhne stagnieren, wie in den vergangenen Jahren, müssten die Renten sogar gekürzt werden. Andernfalls bricht das System wegen der alternden Gesellschaft schon in wenigen Jahren zusammen.

Angela Merkel weiß das. Dennoch sagte sie in der vergangenen Woche der „Frankfurter Allgemeinen“ einen Satz, der diesem Konzept diametral entgegensteht: „Rentenkürzungen scheiden für mich aus.“

Gut möglich, dass dieser Satz der Kanzlerkandidatin in den kommenden Jahren noch öfter zitiert wird.

SVEN AFHÜPPE,
KONSTANTIN VON HAMMERSTEIN,
ALEXANDER NEUBACHER, MICHAEL SAUGA

UMFRAGE: REICHENSTEUER



„SPD und Grüne planen die Einführung einer zusätzlichen Steuer für Spitzenverdiener. Befürworten Sie das?“

Ja

75%

Nein 21%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 21. bis 23. Juni; 503 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe